



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/122

30. Mai 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Das Problem der Lehrstellen	S.1
Tito rüstet	S.3
Sozialistentagung in Kopenhagen	S.4
Nicht nur gegen die Volkspolizei protestieren - Erkenntnisse aus dem Pfingsttreffen der FDJ	5

---

### Das Problem der Lehrstellen

sp. Im Rahmen der Arbeitsbeschaffung spielt die Sorge um das Schicksal der Schulentlassenen eine besondere Rolle. Jugendorganisationen, Parteien und Regierungen von Bund und Ländern scheinen sich des ganzen Ernstes der Situation bewusst zu sein. Nur, wie das nur allzuoft geschieht: man sieht die Dringlichkeit des Problems, ohne aber unverzüglich die notwendigsten Massnahmen einzuleiten. Sicher ist das eine: gelingt es nicht, die grosse Masse der Schulentlassenen der nächsten sechs Jahre zu hochwertigen Facharbeitern heranzubilden, so wird Deutschland in einem Jahrzehnt ohne industriellen und handwerklichen Nachwuchs sein.

Infolge der enormen Kriegsverluste fehlt der deutschen Wirtschaft das Rückgrat der Altersklasse zwischen 30 und 40 Jahren und die heranwachsende Arbeiterschicht leidet empfindlich unter der mangelhaften Schulbildung während der Hitlerperiode. Umso wichtiger ist die Frage, wie es gelingen könnte, den Nachwuchs der kommenden Jahre am zweckentsprechendsten in den Produktionsprozess einzugliedern. Wir haben nur sechs, höchstens sieben Jahrgänge für diese Aufgabe zur Verfügung.

Von 1950 bis 1955 kommen in Westdeutschland rund 4,11 Millionen Jugendliche zur Schulentlassung. Von 1956 ab sinkt die jährliche Zahl rapide: der Geburtenrückgang, der 1942 einsetzte und sich von Jahr zu Jahr steigerte, wird sich notwendig in einem bedenklichen Nachwuchs-

mangel bemerkbar machen müssen. Umso dringlicher ist die Sorge um das Schicksal der 4,11 Millionen der nächsten fünf Jahre. Das Wohl Deutschlands in sozialer, wirtschaftlicher und staatspolitischer Hinsicht kann von ihnen abhängen.

Leider war die Beschaffung genügender Lehrstellen schon in diesem Jahre ungemein schwer; in Niedersachsen warten zur Zeit rund 40.000 Anwärter auf Lehrstellen. Werden nicht unverzüglich entsprechende Massnahmen durchgeführt, wird es im nächsten Jahr noch schwieriger. Den Lehrmeistern in Handwerk und Industrie, die zum Teil einer zusätzlichen Einstellung von Lehrlingen ablehnend gegenüberstehen, muss ebenso wie den Eltern der Schulentlassenen und diesen selbst ein Anreiz geboten werden, das Nachwuchsproblem meistern zu helfen. Gewerkschaften, Wirtschafts- und Handwerksverbände, Parteien und Behörden haben bereits vielerlei Vorschläge ausgearbeitet. Es kommt aber, wie die herrschenden Notstände beweisen, weniger darauf an, Vorschläge zu machen, als diese auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Dass selbst mit kleinen Mitteln eine erhebliche Erleichterung der Lage erreicht werden kann, bewiesen eine Anzahl Städte, die von sich aus zu steuerlichen Hilfsleistungen für jene Unternehmen gegriffen haben, die zusätzliche Lehrlinge einstellten. In Lüneburg z.B. stieg die Zahl der Lehrstellen um rund 50 Prozent; als den Unternehmern zinslose Darlehen und Steuergutscheine für den Fall gewährt wurden, dass sie zusätzliche Lehrstellen anbieten. In anderen Orten war das Ergebnis das gleiche.

Wenn aber schon kleine Mittel derartige Ergebnisse haben können, um wieviel mehr darf man sich von einer wirklichen zielbewussten Nachwachspolitik versprechen. Das Elend der Schulentlassenen ist gross; die Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, dass aus ihm nicht ein Elend der Allgemeinheit wird.

Tito rüstet

-s. Belgrad

Belgrad hat die Wirtschaftsstatistik umgestellt. Man gibt die Methode der Prozentsätze auf und nennt wieder absolute Zahlen. 1949 wurden 70 Dampflokomotiven erzeugt, 540 Lastautos, 36.800 Pflüge, 973 Millionen Ziegel usw. Nun kann man natürlich auch mit absoluten Zahlen Unfug treiben, aber nicht so leicht und nicht so kontinuierlich wie mit Prozentsätzen; im ersten Jahr mag man ansehnlich übertreiben, aber absolute Zahlen kann man daheim und im Ausland zusammenzählen und durch Lokalausweise wie durch viele andere Symptome kontrollieren. Wesentlich mag für diese Umstellung der Wunsch Jugoslawiens nach stärkerer Kapitalhilfe aus dem Westen sein.

Geheim gehalten werden weiter die Einzelangaben über die Aufrüstung; man veranschlagt diesen Aufwand mit einem Viertel des Volkseinkommens. Ein weiteres gutes Viertel (genau 25,8 Prozent, das sind in den Jahren 1947/49 142,1 Mrd. Dinar) sei in die zivile Wirtschaft investiert worden. So greift also die "öffentliche Hand" tiefer in die gemeinsame Kasse des Volkes als irgendwo sonst. Es ist eine Aufrüstung, zivil und strategisch, die ein an sich nie reich gewesenes Volk nun mit einer unvorstellbaren Armut und Armseligkeit des Daseins bezahlen muss.

Es ist übrigens bemerkenswert, dass man nur in Erfolgszahlen für die gewerbliche Wirtschaft schwelgt. Mit 12,1 Millionen Tonnen Kohle hat man das Doppelte der Förderung von 1939 erreicht. Eisenerz wurden 1949 gute 800.000 t gefördert, d.i. ein Viertel mehr als 1939. Die Stahlproduktion ist mit 400.000 t fast doppelt so hoch, man stellt heute auch Walzware her und erbringt mit guten zwei Milliarden kWh 1949 doppelt soviel Strom wie 1939. Neben diesen und anderen Zahlenmeldungen, die durch Angaben über neue Fabrikbauten ergänzt werden, ist es auffallend, wie wenig über die Landwirtschaft gesprochen wird. Die Industrialisierung vollzieht sich einseitiger und gewaltsamer als bei den Moskautreuen. Die Kominform bestätigt mit einer Meldung von 54 Prozent Investitionsanteil vom jugoslawischen Volkseinkommen eigentlich die Belgrader Statistik, schreibt über Ausbeutung der Arbeiterklasse (mit Recht sogar) und Tito lässt entsprechend antworten (seine Angriffe sind natürlich gleichfalls berechtigt). Die Schelme kennen einander immer am besten.

Aber ohne Ressentiments: Die Industrialisierung Jugoslawiens ist ein Faktum; hier sieht jeder, der durch das Land fährt, die hundert-

fach Bestätigung. Die Statistik mag etwas "zugeben", aber die Tendenz ist eindeutig und für die Wirtschaftspolitik der Handelspartner wesentlich. Gefragt ist also vom Ausland Investitionshilfe, Konsumgüter kann man in dieser Etappe nicht brauchen. Und Tito tröstet die Seinen mit der kaum tröstlichen Formulierung, dass man ja auf eigene Rechnung hungere und verzichte. Es ist immer dasselbe, dass der Diktator über gegenwärtige Nöte am besten mit der Beuteuerung hinwegkommt, dass er das Volk ja nur systematisch den bekannten "herrlichen Tagen entgegenführen" wolle.

- o - o -

#### Sozialistentagung in Kopenhagen

H.P. Vom 1. - 3. Juni werden im Volkshaus von Kopenhagen Vertreter fast aller sozialistischen Parteien zusammentreffen. Die Tagung wird wichtige Entscheidungen zu fällen haben, die weit über den Rahmen der sozialistischen Parteien hinaus von Bedeutung für die Politik des Westens sind.

Aus England werden das Vorstandsmitglied der Labour Party, Arthur Greenwood, Generalsekretär Morgan Phillips und der internationale Sekretär der Labour Party, Denis Healey, ein Mann der jüngeren Generation, erwartet. Die Frauen der Labour Party werden durch Mrs. Barbara Ayrton-Gould vertreten.

Aus Holland sind gemeldet: Koos Vorrink, der Vorsitzende der Partei der Arbeit und der stellvertretende Vorsitzende Van der Goes Van Naters, G.M. Nederhorst, der Wirtschaftsberater der holländischen Gewerkschaften und Abgeordneter der 1. Kammer und die Frauensekretärin Frau H. Hille. Kalshöek.

Von Italien werden beide sozialistischen Parteien vertreten sein, sowohl die PSLI unter ihrem Vorsitzenden G. Saragat, als auch die PSU, die durch Silone und andere vertreten sein wird.

Die norwegische sozialdemokratische Partei entsendet ihren Generalsekretär Haakon Lie. Die schwedische Delegation wird von dem Ministerpräsidenten Tage Erlander geführt. Zu der Delegation gehören ferner Rickard Sandler (bis 1939 Außenminister), Sven Andersson, der frühere Parteisekretär und jetzige Minister, Axel Strand, der Vorsitzende der schwedischen Gewerkschaften, Sven Aspling, der jetzige Parteisekretär und Kaj Björk, ihr jetziger internationaler Sekretär.

Die Delegation der Schweiz wird vom Präsidenten ihrer Partei

und Nationalrat Dr.H.Oprecht geführt.

Aus Frankreich haben zugesagt u.a. die Abgeordneten Guy Mollet, S.Grumbach, Boutbien und G.Brutelle, sowie die Frauensekretärin Frau Berthe Fouchère und der internationale Sekretär der SFIO, H.Pontillon. Über die Hälfte der französischen Delegation war während des Krieges in deutschen Konzentrationslagern.

Zur finnischen Delegation gehören der noch junge Generalsekretär V.Leskinen, der vor allen Dingen bei der finnischen Jugend als bekannter Sportler sehr beliebt ist. Ausserdem Karl-August Fagerholm, der bis vor wenigen Wochen Ministerpräsident war, sowie drei andere Parlamentsabgeordnete, unter ihnen die Frauensekretärin Martta Salmele-Järvinen.

Die kanadische sozialistische Partei wird durch R. Mackenzie vertreten sein.

Aus Belgien kommen L. de Brouckère und V. Larock. Brouckère ist einer der wenigen überlebenden Persönlichkeiten der II. Internationale, deren Vorsitzender er bis zur Auflösung war.

Die österreichische Delegation wird vom 1.Vorsitzenden der Partei, Dr.Adolf Schärff, dem Vize-Präsidenten der österreichischen Republik geführt. Der Abordnung gehören ferner an: Dr.Julius Deutsch, Karl Waldbrunner, Minister für Wirtschaft und nationalisierte Industrien, Dr.Oskar Pollak, Chefredakteur der Wiener "Arbeiterzeitung" und die Frauensekretärin, Frau Gabriele Proft.

- o - o -

Nicht nur gegen die Volkspolizei protestieren

J.S. Dass der Pfingstaufmarsch der Ost-FDJ unblutig verlaufen ist und - gemessen an der ursprünglichen Zielsetzung - eine Pleite war, ist nicht das Wesentliche dieser Demonstration. Wesentlich und geschwängert mit betrüblichen Zukunftsaussichten ist, dass es dem Staatsapparat der Ostzone gelang; wie versprochen einige Hunderttausend junge Menschen an einem bestimmten Tag und an einem bestimmten Punkt aufmarschieren zu lassen. Mit anderen Worten: Es wurde ein Befehl gegeben und der Befehl wurde ausgeführt.

Man unterschätze nicht die organisatorischen Möglichkeiten und Fähigkeiten eines totalitären Regimes. Dieselben 14-jährigen Kinder, die heute Fähnchen schwingen, können morgen, acht Tage lang an einer

Flak-Kanone ausgebildet, dort eingesetzt werden, wo es blutig ernst zugeht. Die Zeit, da solches geschah, liegt noch nicht allzu lange zurück und in mancher deutschen Familie trauert man heute noch um einen Sohn, den, 14-jährig, der Moloch Staat einen sinnlosen Krieg opferte. Dass man 16-jährige, wenn auch nicht in der vordersten Front, so doch im Hinterland, mit einem maschinenpistolenbewehrten Politruk im Rücken, mit Erfolg zur Bewachung von Kriegsgefangenen, zur Sicherung von Verbindungswegen usw. einsetzen und damit vollwertige Kräfte für die erste Linie einsparen kann, hat im vergangenen Krieg nicht nur Hitler bewiesen.

Am Anfang war die Organisation, das war auch bei der HJ nicht anders. Dann folgte die "ideologische Ausrichtung", ihr die militärische Ausbildung und am Ende das schlichte Holzkreuz oder "in stolzer Trauer" die Ankündigung, dass "unser Sohn... für Führer und Vaterland" gefallen ist. Das alles sind nur logische Ergänzungen der Organisation, sobald die Zeit gekommen ist.

Man sage nicht, dass es auch auf den Willen der Betroffenen ankomme. Selbstverständlich sind Soldaten, die nur aus Furcht vor den eigenen Antreibern schießen, schlechte Soldaten. Aber solange ein System nicht so zerschlagen und zersetzt ist, wie es der Nationalsozialismus im Frühjahr 1945 war, so lange hat es, wenn es zum letzten entschlossen ist, Möglichkeiten genug, bis "fünf Minuten vor zwölf" Widerspenstige zum Waffendienst zu zwingen.

Aus den Ergebnissen des äusserlich misslungenen Pfingsttreffens ergibt sich die Pflicht, etwas tiefer in die Organisation der FDJ zu leuchten. Es ist zu untersuchen, wie weit hier eine Organisation zur vormilitärischen Erziehung der Jugend im Entstehen oder bereits aufgebaut ist, wie weit man bereits ist, Kinder und eine kritiklose oder der Kritik beraubte Jugend heute zum Fähnchenschwingen, morgen zu anderen Dingen zu missbrauchen. Treffen die Voraussetzungen zu, dann muss der kürzliche Protest der Westmächte gegen die Volkspolizei ergänzt werden durch einen entsprechenden Protest gegen die FDJ.